

Stadthaushalt

Haushaltspolitik in Zeiten der Corona-Krise

Die Corona-Krise und ihre Herausforderungen für die Aufrechterhaltung der kommunale Daseinsvorsorge sowie notwendiger Hilfsmaßnahmen erfordert eine umsichtige Haushaltspolitik, um in dieser Lage die notwendigen Leistungen und Maßnahmen auch weiter finanzieren zu können.

Aus diesem Grund hat die Stadtkämmerin am 26.03. eine „**Haushaltsbewirtschaftung in der Corona Krise**“ gegenüber allen Dezernaten angeordnet. Ihr Zweck besteht darin, die Haushaltsmittel nun auf die Finanzierung der Hilfsmaßnahmen und zur Aufrechterhaltung der Strukturen der Daseinsvorsorge zu konzentrieren.

Es handelt sich also nicht um „Sparmaßnahmen“ und schon gar nicht um eine „Haushaltssperre“, wie der Anführer der Linken im Rat fälschlich in der Presse behauptet, sondern um Umschichtung von Haushaltsmitteln.

Es werden nämlich – anders wie z.B. bei einer vorläufigen Haushaltsführung – Ausgaben nicht flächendeckend gekürzt oder freiwillige Leistungen eingeschränkt oder gar nicht gewährt.

Statt einer pauschalen Sperrung sollen so die Haushaltsmittel für die notwendige Krisenbewältigung und Struktursicherung konzentriert werden. Dafür muss auch Liquidität bereitgestellt werden. **Wie sollen sonst die Hilfsmaßnahmen finanziert werden**, die bereits jetzt veranlasst wurden sowie für die Maßnahmen, die noch folgen:

- Rückerstattung der Kita-, OGS- und Tagespflege-Beiträge
- Hilfsangebote für Wohnungslose
- Soforthilfen für die freie Kultur, Bereitstellung von 3 Mio. Euro
- Weitere Auszahlung von im Haushaltsplan etatisierten Betriebskosten- und Projektzuschüsse an Träger und Vereine im Sozial-, Jugendhilfe-, Sport, Kulturbereich sowie der Kreativbranchen.
- Liquiditätshilfen an die lokale Wirtschaft durch kommunale Steuersenkungen bzw. Stundungen für Gewerbesteuer, Grundsteuer, Vergnügungssteuer, Zweitwohnungssteuer und Kulturförderabgabe und nicht zuletzt für Abfall-, Straßenreinigungs- und Abwassergebühren.

Insofern ist es richtig und vertretbar, wenn Leistungen und Maßnahmen, die aufgrund der Pandemie nicht benötigt werden, zur Finanzierung nun für Hilfsmaßnahmen umgeschichtet werden.

Die Corona-Krise wird den städtischen Haushalt stark belasten: Die Steuereinnahmen werden merklich zurückgehen, viele städtische Unternehmen werden relevante Umsatzeinbußen hinnehmen müssen, z.B. Kölnmesse, KölnKongress, Sportstätten GmbH, KölnTourismus, KölnBäder, KVB und nicht zuletzt die Unterstützung der städtischen Kliniken – um nur einige wesentliche zu nennen. Die Mindererlöse werden zu höheren Verlusten in den Jahresbilanzen führen, die letztlich vom Stadthaushalt aufgefangen werden müssen. Auch muss damit gerechnet werden, dass sich die geplante Ausschüttung des Stadtwerke-Konzerns an den Haushalt vermindert.

Land und Bund haben große „Rettungsschirme“ für Wirtschaftsunternehmen, Kleinunternehmer, Solo-Selbstständige und Kulturschaffende beschlossen. Darüber berät z.B. Köln Business Wirtschaftsförderung alle, die in Köln auf diese Hilfen zugreifen möchten.

Aber es fehlt ein „Rettungsschirm“ für die Städte und Gemeinden, die trotz zumeist defizitärer Haushalte nun die erheblichen Anstrengungen zur Bewältigung der Krise durch zahlreiche Hilfsmaßnahmen finanzieren müssen.

Ich halte es für notwendig, nun die Politik der Stadtkämmerin und der Verwaltung zur Krisenbewältigung zu unterstützen und die Forderung an Land und Bund zur Unterstützung der Kommunen deutlich zu artikulieren.

30.03.2020

Jörg Frank, MdR
finanzpolitischer Sprecher
Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kölner Rat